

Eing.: 24. NOV. 2011

PGL-04984-2011 | 00001 | ~~AT~~ BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Senat

der Landtagsabgeordneten Dr. Kurt Stürzenbecher, Nurten Yilmaz, Mag. Nicole Berger-Krotsch, Franz Ekkamp, Christian Hursky, Anica Matzka-Dojder, Silvia Rubik, und Godwin Schuster (SPÖ) sowie Dr. Jennifer Kickert und Klaus-Werner Lobo (Grüne)

eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 24. November 2011 zur Post 2 der heutigen Tagesordnung

betreffend Verbesserung der rechtlichen Situation für Regenbogenfamilien

BEGRÜNDUNG

Gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern erleben in Österreich nach wie vor massive Ungleichbehandlung gegenüber heterosexuellen Paaren.

Im Eingetragene Partnerschaft-Gesetz (EPG vom 1. 1. 2010) wurde der Situation von Paaren mit Kindern nicht Rechnung getragen.

Seit 1.1. 2010 legt das Fortpflanzungsmedizingesetz explizit fest, dass medizinisch unterstützte Fortpflanzung nur in einer Ehe oder in einer heterosexuellen Lebensgemeinschaft zulässig ist. Zu widerhandeln wird mit einer Geldstrafe bis zu € 36.000,-- oder einer Ersatzfreiheitsstrafe vom bis zu 14 Tagen bestraft.

Im Namensrecht ist für Eingetragene PartnerInnen kein gemeinsamer Familienname, sondern ein Nachname vorgesehen, ob ein Kind in einer Eingetragenen PartnerInnenschaft einen Familien- oder Nachnamen führt, ist nicht geregelt.

Eine gemeinsame Adoption eines Kindes ist für gleichgeschlechtliche Paare nicht möglich. Auch die Adoption eines leiblichen Kindes der Eingetragenen Partnerin/des Eingetragenen Partners in Form einer Stiefkindadoption ist lesbischen und schwulen Paaren verwehrt.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung auf:

- Den Zugang zu medizinisch unterstützter Fortpflanzung auch für alleinstehende Frauen und Lesben in Eingetragener PartnerInnenschaft zu ermöglichen.
 - Die "Fremd- und Stieffkindadoption" für Eingetragene PartnerInnen zu ermöglichen.
 - Die eigens geschaffene Kategorie „Nachname“ für Eingetragene PartnerInnen abzuschaffen.
 - Die Ehe zu reformieren und auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, am 24.11.2011

4

AN